



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 06.11.2024, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1	Haushaltsplan 2025 und Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2024-2028 - Einbringung	Vorl.Nr. 259/24
-------	---	-----------------

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

OBM **Dr. Knecht**, der **Leiter** des Fachbereichs Finanzen, sowie die **Leiterin** des Fachbereichs Organisation und Personal bringen den Haushaltsplan 2025 und die Finanzplanung mit Investitionsprogramm 2024 – 2028 ein. Die in diesem Zusammenhang gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

OBM **Dr. Knecht** und der Stadtkämmerer stellen den Etatentwurf vor.

Der **Leiter** des Fachbereichs Finanzen führt in diesem Zusammenhang aus: „Vor allem die Neuen unter Ihnen werden gespannt auf dieses 625-seitige Werk blicken, da Sie zum ersten Mal mit einem städtischen Haushaltsplan konfrontiert werden. Wie sagte vor 5 Jahren eine hier nicht namentlich genannte Stadträtin: „Der Haushalt ist ein Monster“. Aber Halloween ist vorbei und Monster kann man zähmen. Zugegeben, der Haushaltsplan ist komplex, aber auch die Arbeit der Stadtverwaltung ist komplex. Haben Sie keine Berührungsängste, wir stehen Ihnen gerne mit Rat und Tat zur Seite.“

Bevor ich auf die Zahlen und Fakten des Haushaltsplanentwurfs 2025 eingehe, lassen Sie uns kurz betrachten, unter welchen Rahmenbedingungen wir in das nächste Haushaltsjahr starten.

Ich habe Ihnen letztes Jahr die verschlechterten Rahmenbedingungen für unsere Haushaltsplanung 2024 präsentiert; ich kann diese leider ein Jahr später fast unverändert 1:1 übernehmen, da sich in wesentlichen Bereichen kaum Verbesserungen ergeben haben.

In den vergangenen Monaten hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft spürbar eingetrübt. Nahezu kein Wirtschaftsbereich blieb davon verschont. Zwar verzeichnete das 3. Quartal ein leichtes Wachstum von 0,2%, aber es herrscht weiterhin große Verunsicherung vor.

Erschwert wird die Situation durch eine hohe Inflation. Die Inflationsrate ging in den letzten Monaten zwar stetig zurück, zog aber jetzt im Oktober wieder an. Während die Energiepreise für die Verbraucher günstiger werden, führen die hohen

Lebensmittel- und Verbraucherkosten weiterhin zu einem realen Einkommensverlust und bremsen das Konsumverhalten.

Der Fachkräftemangel hat für die Stadtverwaltung inzwischen ein besorgniserregendes Maß angenommen. In nahezu jedem Berufsfeld nimmt die Zahl der Bewerbungen ab oder führt zu monatelangen Nichtbesetzungen der freien Stellen.

Äußerst unbefriedigend ist für uns Kommunen derzeit die mangelnde Unterstützung und Finanzierung durch Bund und Land bei der Bewältigung der kommunalen Aufgaben wie die Flüchtlingsunterbringung und die Ganztagesbetreuung, um nur zwei Beispiele zu nennen. Hier muss dringend eine verlässliche und nachhaltige Basis gefunden werden. Hinzu kommen exorbitante Baupreissteigerungen in den unterschiedlichsten Gewerken. Dies führt zu deutlichen Verteuerungen unserer Bauprojekte, egal, ob im Hochbau oder Tiefbau oder bei unseren Töchtern WBL oder SWLB.

Ebenso gravierend sind die Auswirkungen im Privatsektor: Die Bauunternehmen, insbesondere im Bereich des Wohnungsbaus, befinden sich in der Krise, da sich die umfangreichen Stornierungen bestehender Aufträge und der Rückgang neuer Aufträge bis zuletzt fortgesetzt haben. Daher wird sich die Bauproduktion in den kommenden Quartalen nicht erholen. Dieser Trend ist nicht nur wegen den drohenden Ausfällen an Gewerbesteuer äußerst bedenklich; sondern wir benötigen auch die Nachfrage der jungen Familien nach Wohnraum, um unsere eigenen Bauplätze in unseren neuen Baugebieten wie dem Fuchshofareal zu veräußern.

Die Transformation der Wirtschaft v.a. in der Automobilbranche geht nur sehr schleppend voran und der Druck auf den Weltmärkten ist groß.

Wirtschaftliche Entwicklung in der Region

Unsere Wirtschaft in der Region Stuttgart stagniert. Zwar hat sich die große Anspannung am Energiemarkt gelockert, jedoch bleibt die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Region ungewiss. Bei der aktuellen Herbstumfrage der IHK gaben nur noch 14% der befragten Firmen im Bezirk Ludwigsburg ihre aktuelle Geschäftslage mit gut an, aber 29% beurteilten sie als schlecht.

Beim Ausblick aber auf die Geschäftserwartung 2025 geben nur noch 12% an, dass sie eine Verbesserung erwarten; während hingegen 41%, also fast die Hälfte, für nächstes Jahr von einer Verschlechterung ausgehen.

Finanzlage der Kommunen allgemein

Die Präsidenten der Kommunalen Landesverbände (Städtetag; Gemeindetag und Landkreistag) zeigen sich anlässlich der Ergebnisse der Herbst-Steuerschätzung tief besorgt; Sie sehen hier die gelbe Linie der Steuerschätzung vom Mai und als blaue Linie die aktuelle Steuerschätzung, welche in allen Jahren deutlich darunter liegt.

Ich zitiere aus der gemeinsamen Pressemitteilung:

Die aktuelle Steuerschätzung verstärkt die kommunale Finanzkrise nun nochmals immens; damit ist die finanzielle Handlungsfähigkeit der baden-württembergischen Kommunen in einem Maße gefährdet, wie dies in den zurückliegenden Jahrzehnten nicht der Fall war.

Diese Entwicklung zeigt, wovor wir als Kommunen schon lange warnen: Durch das Verankern immer neuer Aufgaben gibt es zwischenzeitlich ein gesamtstaatliches Leistungsversprechen, das sich faktisch nicht mehr finanzieren lässt.

Viele dieser neuen oder ausgeweiteten Aufgaben wurden auf die Kommunen übertragen und reißen dort immer größere Haushaltslücken. Gleichzeitig führt dies dazu, dass kommunale Investitionen in die Erhaltung und die zukunftsfähige Gestaltung der öffentlichen Infrastruktur auf der Strecke bleiben: Auch wenn die Infrastruktur in den baden-württembergischen Kommunen aktuell noch im Großen und Ganzen als intakt bezeichnet werden kann, ist die Realität eben doch, dass wir auf der kommunalen Ebene zwischenzeitlich auf Verschleiß leben müssen.

Ein Blick auf die aktuellen Haushaltsverhandlungen des Bundes, wie auch des Landes, sowie auch die Personalsituation der öffentlichen Hand zeigt: Es wird kaum möglich sein, dieses Problem mit immer mehr Geld zu lösen. Weder Bund noch Land sind im Stande, den Kommunen die zwischenzeitlich aufsummierten strukturellen Fehlbeträge vollständig bereit zu stellen. Umfang und Tiefe staatlicher Aufgabenerfüllung muss daher mit den verfügbaren finanziellen und personellen Mitteln in Einklang gebracht werden. Die den Kommunen übertragenen Aufgaben müssen belastbar und dauerhaft ausfinanziert werden.

Was müssen Sie konkret beachten:

Wir haben die uns bisher vorliegenden Orientierungsdaten des Landes zur Entwicklung des Anteils an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Schlüsselzuweisungen auf der Basis der Mai-Steuerschätzung in vollem Umfang in diesen Entwurf übernommen, was heißt, dass wir steigende Steuereinnahmen auch in den nächsten Jahren prognostizieren. Die ersten Ergebnisse der Oktober-Steuerschätzung stehen bereits fest, die allerdings eine deutliche Verschlechterung für die Stadt Ludwigsburg prognostizieren, die aktualisierten Orientierungsdaten für den Finanzausgleich liegen uns mittlerweile im Entwurf vor; dazu erhalten Sie in Kürze eine Informationsvorlage von uns. In der Summe müssen wir unseren Entwurf nach unten korrigieren. Wir werden die Ergebnisse in das Änderungsverzeichnis einarbeiten.

Zu den **Erträgen im Ergebnishaushalt:**

Die ordentlichen Erträge steigen im Vergleich 2024-2025 um insgesamt rund 11,6 Mio. EUR, im gesamten Finanzplanungszeitraum bis 2028 um 43 Mio. EUR.

- **Entwicklung der Steuererträge**

Bei der **Grundsteuer** waren wir vom Gesetzgeber angehalten, die Grundsteuerreform aufkommensneutral umzusetzen. Sie haben die neuen Hebesätze, Grundsteuer A 980 Hebesatzpunkte und Grundsteuer B 262 Hebesatzpunkte, im Oktober bereits beschlossen. Dadurch erreichen wir dasselbe Gesamtaufkommen, wissen aber, dass es zu Verschiebungen bei den einzelnen Steuerpflichtigen kommt. Dies ist aber vom Landesgesetzgeber so gewollt.

Bei der **Gewerbesteuer** hatten wir im Jahr 2022 ein Rekordergebnis von 113 Mio. EUR (gelbe Säulen), wobei wir davon ausgehen, dass dies Großteils durch Corona-Nachholeffekte verursacht sind. Im Jahr 2023 haben wir die geplanten 98 Mio. EUR knapp nicht erreicht; Aufgrund weiterer Abgänge liegen wir dieses Jahr rund 5 Mio. EUR unter dem Ansatz von 100 Mio. EUR. Wir sind der Meinung, dass wir aufgrund der herrschenden finanziellen Schieflage der Stadt und den kommenden Aufgaben

den derzeitigen Hebesatz von 385 Hebesatzpunkten auf mindestens 400 Hebesatzpunkte anpassen sollten. Dies ist einer der 23 Vorschläge in der vorhin erwähnten Mantelvorlage 260/24

Wir schreiben auf dieser Basis den Gewerbesteuer-Planansatz bis zum Jahr 2028 sukzessive auf rund 112 Mio. EUR fort.

Hier zu Ihrer Information ebenfalls der Hebesatzvergleich mit den 25 größten Städten in BW; der Durchschnitt liegt derzeit bei 398 Hebesatzpunkten, wir befinden uns derzeit im unteren Drittel; mit den angestrebten 400 Hebesatzpunkten würden wir in etwa den Durchschnitt erreichen.

Die **Vergnügungs- und die Hundesteuer** belaufen sich zusammen auf rd. 2,6 Mio. EUR.

Der **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** steigert sich nach den mittlerweile überholten Orientierungsdaten des Landes vom Mai auf rd. 76,3 Mio. EUR.

Inzwischen ist aber bekannt, dass wir für 2025 wohl mit rd. 3 Mio. EUR weniger rechnen müssen. Zudem geht das Land ab 2026 von weiteren Steigerungsraten aus, die allerdings ebenfalls geringer ausfallen werden. Diese Verschlechterungen aufgrund der Oktober-Steuerschätzung werden, wie bereits erwähnt, über das Änderungsverzeichnis eingearbeitet.

Der **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** bewegt sich volatil zwischen 13,5 Mio. EUR (in 2025) und 14,4 Mio. EUR (in 2028); hier sind ebenfalls durch die Steuerschätzung leichte Verschlechterungen zu erwarten.

In den **Zuweisungen und Zuwendungen** sind vor allem die Schlüsselzuweisungen des Landes nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) mit rund 65 Mio. EUR enthalten. Wie Sie wissen, sind diese Zuweisungen abhängig von der Steuerkraft des zweitvorangegangenen Jahres.

Aufgrund der Ergebnisse 2023 können wir in 2025 insgesamt mit Mehrerträgen rechnen. Ebenfalls enthalten sind die Finanzausgleichs-**Zuweisungen für die Kinderbetreuung**. Vom Land erhalten wir daher in 2025 rund 24,6 Mio. EUR für die Kindertageseinrichtungen.

Bei den **Gebühren** gehen wir von Mehrerträgen von 0,5 Mio. EUR aus. In diesem Block enthalten sind die Gebühren der Kindertageseinrichtungen, bei denen wir auch die von Ihnen bereits letztes Jahr beschlossene Gebührenanpassung berücksichtigen. Außerdem haben wir Ihnen im Konsolidierungspaket Anpassungen beim Anwohnerparken und den Parkgebühren eingearbeitet.

Die **privatrechtlichen Leistungsentgelte** steigen um ca. 900.000 EUR an, hier haben wir zum Beispiel Entgelterhöhungen bei der Essensversorgung in Kindertageseinrichtungen und Mensen einkalkuliert.

Im Bereich der **Zinsen und ähnlicher Erträge** haben wir für nächstes Jahr und im Finanzplanungszeitraum keine Gewinnabführungen unserer städtischen Töchter Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim und Wohnungsbau Ludwigsburg eingeplant, sondern belassen geplante Gewinne zur Kapitalverbesserung in den Unternehmen.

Gegenüberstellung von Steuern und Umlagen

Entscheidend ist immer, welche Netto-Steuereinnahmen uns nach Abzug der Umlagen tatsächlich bleiben (rote Linie). Im Jahr 2025 sind dies jetzt 169,7 Mio. EUR. Dieser Saldo wird sich durch die Steuerschätzung noch verringern. Und Sie

sehen, dass wir uns auf dem Niveau von 2022 und 2023 einpendeln. Gleichzeitig, und dazu komme ich später, entwickelt sich die Ausgabenseite aber stetig weiter nach oben

Besonderheiten in 2025 auf der **Ertragsseite**:

- Wir haben Mehrerträge im Vergleich zu 2024 von insgesamt 11,6 Mio. EUR. Im Finanzplanungszeitraum rechnen wir mit weiteren Steigerungen
- Wir schlagen Ihnen eine Anpassung der Gewerbesteuer auf 400 Hebesatzpunkte vor
- Die Grundsteuer wird für 2025 aufkommensneutral umgesetzt
- Wir haben Gebühren- und Entgeltanpassungen in verschiedenen Bereichen eingearbeitet
- Wir haben keine Gewinnabführungen der städt. Beteiligungsunternehmen eingeplant

Die wichtigsten **Aufwendungen des Ergebnishaushalts** im Überblick:

Die **ordentlichen Aufwendungen** erhöhen sich in der Summe gegenüber dem Vorjahr um 11,7 Mio. EUR, im Finanzplanungszeitraum bis 2028 um rund 53 Mio. EUR

Zu den **Personal- und Versorgungsaufwendungen** und zum **Stellenplan 2025** wird Ihnen nun die Leiterin des Fachbereiches Personal und Organisation Susanne Karstedt einige Erläuterungen geben.

Der Planansatz für die **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen** beläuft sich auf insgesamt 73,2 Mio. EUR und damit nur rund 260.000 EUR mehr als 2024. Hier erkennt man deutlich, dass wir die Budgets der Fachbereiche auf dem Niveau 2024 eingefroren haben und schon die ersten WIN-Effekte greifen. Allerdings mussten wir doch in einigen Bereichen unabweisbare Mehrbedarfe akzeptieren.

Die **Abschreibungen** sinken um 400.000 EUR, weil etliche Anlagen im Bau erst in den Folgejahren in Betrieb gehen.

Die **Transferaufwendungen** steigen um rund 3,1 Mio. EUR auf nunmehr 168,9 Mio. EUR. Darin enthalten sind die Zuschüsse an die freien Träger für Kindertageseinrichtungen, die sich inzwischen auf 40,7 Mio. EUR belaufen und damit den diesjährigen Ansatz um über 1,4 Mio. EUR übersteigen.

Der Landkreis erhöht die Kreisumlage um 3,5 Punkte auf einen Hebesatz von 31 v.H. Die Stadt Ludwigsburg hat diesmal „Glück im Unglück“, da die für die Umlage zugrunde liegende Steuerkraftsumme 2025 gegenüber dem Vorjahr gesunken ist. Die Erhöhung schlägt somit „nur“ mit knapp 600 TEUR zu Buche.

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** sinken um 1,4 Mio. EUR. In diesem Block ist auch die Deckungsreserve mit reduziertem Ansatz von 1,5 Mio. EUR enthalten.

Bildung und Betreuung prägen wie in den Jahren zuvor auch den Haushaltsplan der Stadtverwaltung für 2025.

Hier sehen Sie die Entwicklung des Gesamtaufwandes allein für den Bereich der **Kindertageseinrichtungen** als unserem größten Wachstumsbereich. Grün stellt die

Finanzierung des Landes dar, gelb die Beiträge der Eltern und orangerot ist der Zuschuss, welcher bei der Stadt verbleibt. Lag der laufende städtische Zuschuss im Jahr 2013 noch bei 18,5 Millionen Euro, so steigt dieser im Jahr 2025 auf 47 Millionen, was in dieser Zeitspanne ein Anstieg auf das 2,5-fache bedeutet. Allein die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beträgt 5,9 Mio. EUR. In diesem Schaubild ist die Gebührenerhöhung von 4 % bereits eingepreist, auch hier wieder ein Beispiel, dass die Aufwandsseite um einiges schneller anwächst und die wachsende Differenz am Ende, wenn nicht von den Eltern, dann durch die Steuerzahlenden aufgebracht werden muss.

Die Besonderheiten in 2024 auf der Aufwandsseite:

- Die Gesamt-Aufwendungen steigen um 11,7 Mio. EUR
- Die Personal- und Versorgungsaufwendungen steigen um 9,8 Mio. EUR
- Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen nur um 260.000 EUR
- Die Abschreibungen auf das Anlagevermögen sinken um 0,4 Mio. EUR
- Der Zinsaufwand steigt aufgrund der Neuverschuldung um 0,9 Mio. EUR
- Die Transferaufwendungen (Zuschüsse an die freien Träger für die Kinderbetreuung, FAG- und Kreisumlage) steigen um 3,5 Mio. EUR
- Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen reduzieren sich um 1,4 Mio. EUR.

Der Ergebnishaushalt 2025 birgt etliche Risiken, die an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben dürfen:

- Im Personalkostenetat ist eine pauschale Kürzung von 10 Mio. EUR eingearbeitet.
- Ansätze für die Zuschüsse an Kindergartenträger sind abhängig vom Abschluss des neuen Kindergartenvertrags.
- Die Sachmittelbudgets sind auf dem Planniveau 2024 eingefroren; unter anderem konnten bei der Gebäude-, Straßen- und Grünflächenunterhaltung keine Mehrbedarfe berücksichtigt werden.
- Die Orientierungsdaten auf Grund der Oktober-Steuerschätzung müssen ins Änderungsverzeichnis eingearbeitet werden und führen zu deutlichen Verschlechterungen
- Keine vollständige Berücksichtigung der verringerten Einwohnerzahl nach dem Zensus 2022

Insgesamt schließt der Ergebnishaushalt trotz aller Anstrengungen mit einem negativen Ergebnis von minus 15,4 Mio. EUR ab, obwohl die ersten WIN-Effekte und die Themen der Vorlage 260/24 Großteils bereits eingearbeitet sind.

Die Ergebnisse 2026 bis 2028 sind ebenfalls negativ, wobei die Effekte des Finanzausgleiches starke Schwankungen verursachen. Diese negativen Ergebnisse zeigen eine sehr bedrohliche Tendenz auf, ein Ausgleich gelingt uns nur durch den Einsatz von Ergebnismrücklagen.

Schauen wir auf die Entwicklung der **Ergebnismrücklagen** bis ins Jahr 2028. Wir sind gerade noch in der Lage, die Minus-Ergebnisse der nächsten vier Jahre aufzufangen, danach sind unsere Rücklagen nahezu aufgezehrt. Auch hier wird deutlich, dass ein Gegensteuern rasch erfolgen muss.

Einen **Zahlungsmittelüberschuss** aus laufender Verwaltungstätigkeit, eine wichtige Kenngröße zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit eines Kommunalhaushalts, können

wir nach derzeitigem Stand in 2025 erwirtschaften. Wir haben im Entwurf einen Zahlungsmittelüberschuss von 5,3 Mio. EUR, der uns in die Lage versetzt, die laufenden Tilgungen zu bedienen und eine (wenn auch kleine) Eigenfinanzierung zu erwirtschaften. Allerdings ist nach den Ergebnissen der Steuerschätzung davon auszugehen, dass dieses Plus von 5,3 Mio. EUR sich Richtung Null bewegt und wir damit im Jahr 2025 im laufenden Betrieb weder die Tilgung noch einen einzigen Euro für unsere zahlreichen Investitionsprojekte erwirtschaften. Diese Folie zeigt auf, dass wir im weiteren Verlauf nur im Jahr 2027 voraussichtlich einen kleinen Zahlungsmittelüberschuss erwirtschaften können. Kern der kommunalen Doppik ist aber die Vorgabe, die Netto-Abschreibungen (siehe rote Linie) zu erwirtschaften, was uns in früheren Jahren meistens gelang. Aber wir sind durch die Krise weit davon entfernt, unsere Netto-Abschreibungen, also den Werteverzehr unseres städtischen Vermögens, kassenmäßig zu erwirtschaften, das heißt, wir leben nahezu vollständig von unserer Substanz.

Kurz noch ein Blick auf die **Finanzplanung** im Ergebnishaushalt bis 2028:

Wir haben zwar Steigerungen bei den Erträgen berücksichtigt, aber die Aufwendungen werden prognostisch schneller ansteigen. Trotz der Berücksichtigung weiterer Konsolidierungsmaßnahmen wird das ordentliche Ergebnis in den Folgejahren weiter ein Minus im zweistelligen Millionenbereich ausweisen. Auch der Zahlungsmittelüberschuss bzw. -bedarf bewegt sich im Saldo im Minusbereich.

Folgende Annahmen haben wir dabei zugrunde gelegt:

- stetige Steigerung der Steuern, Zuweisungen und Gebühren
- stetige Kostensteigerungen bei Personal-, Sach- und Transferaufwand
- Reduzierte Einwohnerzahl nach Zensus 2022 ab dem Jahr 2026
- Erneute Anpassung Kreisumlage im Jahr 2027 um weitere 2,5 Punkte
- Erhöhung Grundsteuer ab 2026 um ca. 5 %
- Ergebnismrücklage bis 2028 ausreichend, aber dann nahezu aufgebraucht

Blick auf den Finanzhaushalt und das Investitionsprogramm

Wir befinden uns in einer wirklich schizophrenen Lage. Zum einen habe ich Ihnen gerade erläutert, dass wir in den nächsten Jahren keinerlei Eigenfinanzierungsmittel erwirtschaften, zum anderen präsentiere ich Ihnen nun mit Investitionen von rund 236 Mio. EUR im Finanzplanungs-zeitraum ein gewaltiges Investitionsprogramm. Dies alles ist nur mit einem rasanten Anstieg der Verschuldung zu verwirklichen.

Diese Situation bereitet mir tiefste Sorge, weil die Herausforderungen nach 2028 nicht geringer werden, denn mit unseren Großprojekten BZW, ZOB, Stadtbahn, dem Kita-Ausbau, der Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes, der Energiewende, dem Ludwigsburger Weg zur Klimaneutralität und das Forum am Schloßpark warten Herausforderungen auf uns, welche die Leistungsfähigkeit dieser Stadt komplett übersteigen. Trotzdem: wir müssen diese Herausforderungen angehen, aber unser Tempo deutlich drosseln und der Leistungsfähigkeit der kommenden Haushalte anpassen, sonst verlieren wir unsere Handlungsfähigkeit

Zu den einzelnen Positionen:

Entwicklung im Bereich des Grundstücksverkehrs

Im **Grundstücksverkehr** planen wir in 2025 mit einem positiven Saldo von rd. 7 Mio. EUR. Im Finanzplanungszeitraum gehen wir in der Folge davon aus, dass die Einnahmen aus dem Verkauf von Grundstücken vor allem im städtebaulichen Entwicklungsgebiet Fuchshof oder den Gewerbegebieten jeweils höher sein werden als die Ausgaben für den Grunderwerb, da wir dort auch eigene Bestandsgrundstücke einbringen können. Der positive Saldo aus dem Grundstücksverkehr (grüne Linie) leistet einen wichtigen finanziellen Beitrag zur Finanzierung der Erschließung und zur Schaffung von Infrastruktur in den neuen Baugebieten. Insgesamt schlägt dieser Saldo in den Jahren 2025-2028 mit knapp 30 Mio. EUR zu Buche. Hier sehen Sie, dass der Schwerpunkt der Verkäufe auf dem Jahr 2026 liegt. Wir müssen unbedingt dafür Sorge tragen, dass die Realisierung auch in diesem Zeitfenster erfolgt, denn sonst ist die Finanzierung etlicher anderer Projekte im Finanzplanungszeitraum nicht gesichert.

Entwicklung der Investitionsauszahlungen

In der Summe planen wir 2025 mit **Bauauszahlungen** von insgesamt 31 Mio. EUR. Weitere größere Positionen im Jahr 2025 sind für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen (6,1 Mio. EUR) und für die Förderung von Investitionsmaßnahmen Dritter (6,3 Mio. EUR) vorgesehen. Auf dieser Folie sehen Sie die Entwicklung der Bauauszahlungen, die grauen Säulen zeigen die Rechnungsergebnisse der letzten zehn Jahre. Da der diesjährige Mittelabfluss nicht komplett realisiert wird, haben wir die Bauraten für 2025 deutlich auf 31 Mio. EUR reduziert.

Hier nun die **wichtigsten Investitionen** im Finanzplanungszeitraum mit den (anteiligen) Beträgen der Jahre 2025 bis 2028 (weitere Beträge sind evtl. bereits 2024 oder ab den Jahren 2029ff eingeplant):

Einige dieser Maßnahmen (Beträge in rot gehalten), insbesondere das Bildungszentrum West und der ZOB, laufen aber noch weit über das Jahr 2028 hinaus und werden die Finanzhaushalte ab 2029 weiter stark belasten.

Welche Maßnahmen sind bereits beschlossen und im Bau:

- Fortsetzung des Baus Bildungszentrum West (BZW) 95,6 Mio. EUR
- Realisierung der Sporthalle Oststadt Fuchshof 12,4 Mio. EUR
- Kita Auf dem Wasen (Zuschuss) 2,1 Mio. EUR
- Für die Neugestaltung des Arsenalplatzes sind 1,3 Mio. EUR eingeplant
- Restfinanzierung Fuchshof Grüner Ring Süd Tatula 0,3 Mio. EUR
- Tiefbaumaßnahme Entwicklungsgebiet Ost/Fuchshof 9,7 Mio. EUR
- Erschließung Waldäcker III 1,1 Mio. EUR
- Erschließung Hintere Halden II 1,1 Mio. EUR

Folgende Maßnahmen sind beschlossen, aber noch nicht begonnen:

- Schubartschule (Erweiterung/Umbau Bestand) 4,5 Mio. EUR
- Lembergschule Außenanlagen 0,2 Mio. EUR
- Neubau Kita Oßweil, SKS-Areal (5-gruppig) 8,5 Mio. EUR
- Kita Fuchshofstr., Clubhaus HCL (Zuschuss) 1,5 Mio. EUR

- Radweg RS 8 Friedrich-Ebert-Straße Abschnitt B27 bis Fasanenstraße -1,0 Mio. EUR
- Anteilig die Richard-Wagner-Straße 0,2 Mio. EUR

Folgende Maßnahmen sind in der Finanzplanung enthalten, aber noch nicht beschlossen:

- Feuerwehr Pflugfelden Neubau 1,0 Mio. EUR
- Generalsanierung Naturkita Osterholz 0,3 Mio. EUR
- Fuchshof Sportpark Ost Teilbereich Süd und Nord (Ausbau bestehender Skatepark, Beachvolleyballfelder, Wasserkunstrasenspielfeld) 0,7 Mio. EUR
- Zaunanlage Ludwig-Jahn-Stadion 0,2 Mio. EUR.
- Beginn des Zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) 16,5 Mio. EUR
- Radweg Alleenstraße 2,0 Mio. EUR
- Etliche Straßenbau-Maßnahmen, z.B. Jägerhofallee, Frankfurter Straße (Monreposstraße bis Mäurachquerspange), Kreisverkehr Sternkreuzung in der Summe mit 4,0 Mio. EUR
- Erschließung Schul-, Kultur-, Sport- (SKS) Areal Oßweil 0,8 Mio. EUR

Zum Thema ÖPNV haben wir auch 7,8 Mio. EUR für die Beteiligung an dem Zweckverband zur Planung und zum Bau einer Stadtbahn eingestellt.

Mit insgesamt 179 Millionen EUR Bauinvestitionen in den nächsten vier Jahren legen wir Ihnen ein gewaltiges Investitionsprogramm vor, und das alles, ohne im laufenden Betrieb Eigenfinanzierungsmittel zu erwirtschaften. Und wir müssen uns immer vergegenwärtigen, dass sehr viele Maßnahmen finanzielle Auswirkungen im dreistelligen Millionenbereich haben, die weit über das Jahr 2028 hinausreichen. Auch das Bildungszentrum West ist mit "nur" rund 96 Mio. EUR im Planungszeitraum enthalten, der ZOB, die zweite Fußgängerunterführung und die Stadtbahn müssen weiter finanziert werden; die Sanierung des Forums ist weiter ungeklärt. Zudem haben viele Projekte gar nicht erst Einzug in die diesjährige Finanzplanung gefunden.

Entwicklung des Schuldenstands

Der Schuldenstand im Kernhaushalt steigt rechnerisch bis Ende 2024 auf 47 Mio. EUR. Wir haben dieses Jahr bereits 16,8 Mio. EUR an Krediten aufgenommen und werden geschätzt noch weitere 12 Mio. EUR aufnehmen. Im Finanzplanungszeitraum müssen wir bei planmäßigem Verlauf in der Summe brutto 162 Mio. EUR (netto, also abzüglich Tilgung, 145 Mio. EUR) aufnehmen, dadurch würde sich der Schuldenstand im Kernhaushalt auf rd. 192 Mio. EUR erhöhen. Hier die grafische Darstellung unserer Schuldenentwicklung einschließlich unserer Eigenbetriebe. Bei diesem Verlauf erreichen wir Ende 2028 eine Pro- Kopf-Verschuldung von rund 2.060 EUR pro Einwohner.

Kreditaufnahmen basieren darauf, dass wir weiterhin die notwendigen Überschüsse erzielen, um die Kosten für Zins und Tilgung und die Folgekosten der damit finanzierten Investitionen tragen zu können. Kreditaufnahmen sind so lange genehmigungsfähig, solange die „Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde in Einklang stehen“, so heißt es in der

Gemeindeordnung. Hier sehen Sie, wie sich der Schuldendienst (also Zinsaufwand und Tilgung) durch die rasante Aufnahme der Kredite entwickelt.

Problematisch ist die Tatsache, dass wir mit unseren geringen bzw. nicht vorhandenen Zahlungsmittelüberschüssen die Tilgung nicht mehr erwirtschaften können (die rote Linie muss über den grauen Säulen liegen). Wenn wir diesen „Mindestüberschuss“ nicht erwirtschaften, müssen wir Kassenkredite aufnehmen, um die Tilgung unserer Kredite zu bedienen.

Gesamt-Fazit:

Wir werden nach heutiger Erkenntnis bis zum Jahr 2028 keine ausgeglichenen Ergebnishaushalte mehr erreichen.

Im Finanzhaushalt wollen wir über alle Bereiche hinweg rund 236 Mio. EUR in den nächsten 4 Jahren investieren. Dies erfordert aus heutiger Sicht zusätzliche Kreditaufnahmen von netto 145 Mio. EUR mit sehr hohen Zins- und Tilgungsbelastungen.

Trotz der steigenden Folgekosten müssen wir es schaffen, mittelfristig den Ergebnishaushalt wieder auszugleichen. Diesen Ausgleich rein durch Ertragsverbesserungen zu erzielen, mag man sich zwar wünschen, aber die bittere Wahrheit ist, dass die Verbesserungen nur durch konsequente Konsolidierung, Stellenabbau und Aufgabenkritik zu erreichen sind.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben die ersten WIN-Effekte mit über 8 Mio. EUR in den Haushaltsentwurf eingearbeitet und Sie sehen, dass wir trotzdem keine signifikante Trendwende einleiten konnten. D.h. im Umkehrschluss, wir müssen unsere Konsolidierungsbemühungen noch weiter intensivieren und beschleunigen. Ich kann nur eindringlich davor warnen, dass von uns vorgeschlagene Konsolidierungspaket zu zerteilen bzw. abzulehnen. Ich bin der festen Überzeugung, es ist nicht zielführend.

Sind wir ehrlich, es ist doch wie beim Zahnarzt: Wir haben bereits jetzt ein großes Finanzloch und müssen es dringend behandeln. Wenn wir jetzt zögern oder auf Zeit spielen, erreichen wir nur, dass das Loch noch größer und die Behandlung langwieriger, schwieriger und vor allem für alle Beteiligten deutlich schmerzhafter wird.

Wir dürfen uns auch nicht der Hoffnung hingeben (ich vermeide den Begriff Hoffnungssturm), dass Bund und Land uns in auskömmlicher Weise finanziell unterstützen. Die Ampel-Koalition kämpft selbst mit Milliardenlöchern im eigenen Haushalt; der Städtetag bestätigt uns, dass die Finanzverhandlungen mit dem Land so zäh und so schwierig verlaufen wie seit Jahrzehnten nicht.

Natürlich werden wir hier und da finanzielle Unterstützung erhalten, z.B. beim Ganztagesausbau, aber es wird nicht mehr sein wie der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein.

Abwarten und Hoffen auf bessere Zeiten kann keine Option sein, nein, es darf keine Option sein!

Wir müssen das Heft des Handelns beherzt in die eigene Hand nehmen und uns selbst helfen. Die Realität wartet nicht...

Unsere Konsolidierungsvorschläge sind für Sie schwere Kost, aber glauben Sie bitte nicht, dass es uns als Verwaltung leichtfällt. Sie sind das Ergebnis vieler Abstimmungsrunden und wir sind stets um Ausgewogenheit bemüht. Seien Sie sich

bei Ihren Überlegungen immer bewusst, dass dieses erste Paket ein Beginn ist und ab jetzt fortlaufend weitere WIN-Vorschläge folgen werden, die mit Sicherheit nicht einfacher zu entscheiden sind.

Ich will ganz ehrlich zu Ihnen sein und sage Ihnen, es gibt keinen Plan B, weil wir keine Alternativen haben!

Niemand will unsere schöne Stadt kaputtsparen, aber wenn wir jetzt nicht anfangen zu sparen, geht diese Stadt kaputt! Das gehört leider zur Wahrheit dazu...

In den nächsten Wochen werden aus Ihren Reihen wahrscheinlich etliche Anträge kommen. Ich persönlich sehe keinerlei Spielräume für neue und zusätzliche Ausgaben. Ich bitte Sie daher jetzt schon eindringlich, so es denn trotzdem Ihre Absicht ist, auch entsprechende Deckungsvorschläge für ihre Anträge zu machen.

Ich bedanke mich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, stellvertretend bei Herrn Klinger und seiner Haushaltsabteilung, für ihre sehr gute Arbeit und Unterstützung bei der Erstellung des Planentwurfs. Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen in den Fachbereichen, die sehr tatkräftig mitgewirkt haben und natürlich auch dem Oberbürgermeister Dr. Knecht, Frau Schmetz, Frau Schwarz und Herrn Mannl, die wieder etliche Zusatzschichten eingelegt haben, um Ihnen dieses Planwerk zu erstellen. Nicht zu vergessen auch die Geschäftsstelle WIN, die wirklich unter Hochdruck gearbeitet hat.

Wie in jedem Jahr stehen meine Mitarbeitenden und ich für Fragen zum Haushalt auch im Vorfeld der Beratungen gerne zur Verfügung. Am besten senden Sie Ihre Fragen per Mail an den Fachbereich Finanzen, oder Sie schauen mal auf einen Besuch bei uns vorbei. Wir freuen uns auf konstruktive Beratungen."

TOP 1.1 - Konsolidierungs- und
Modernisierungspaket für den Haushalt 2025
(WIN LB)

Vorl.Nr. 260/24

Beratungsverlauf:

Die Einbringung der Vorlage erfolgt zusammen mit der Einbringung des Haushaltsplans 2025 (vgl. Tagesordnungspunkt1).

TOP 1.2 - Stellenplan 2025

Vorl.Nr. 251/24

Beratungsverlauf:

Die Einbringung des Stellenplans erfolgt zusammen mit der Einbringung des Haushaltsplans 2025 (vgl. Tagesordnungspunkt1).

Beratungsverlauf:

Anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) erläutert ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Stadtplanung und Geoinformation und eine **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales die Ergebnisse zur Öffentlichkeitsbeteiligung der Räumlichen Perspektive Ludwigsburg. BMin **Schwarz** ergänzt, mit der Räumlichen Perspektive Ludwigsburg habe man ein flexibles Instrument, welches bei Bedarf durch den Gemeinderat angepasst werden könne.

Stadtrat **Sorg** lobt, es sei gelungen die Bevölkerung mitzunehmen; die Lust auf Beteiligung sei gefördert worden. Er merkt an, die Verwaltungsspitze dürfe nicht Fehler des Vorgängers wiederholen. Es sei damals zu vielen Zukunftswerkstätten geladen worden, aber es habe an Schlussfolgerungen gefehlt. So verliere man das Vertrauen und Engagement der Bürgerschaft. Für ihn sei fraglich, wie sich die Stadtplanung mit der Konsolidierung des Haushalts verbinden lasse. Zur knappen Ressource Fläche, komme die knappe Ressource an Finanzmittel hinzu. Es bestehe die Gefahr, dass schöne Bilder und Pläne öffentlich präsentiert werden, welche später zurückgezogen werden müssen. Man dürfe die Bürgerinnen und Bürger nicht enttäuschen.

Stadtrat **Herrmann** weist darauf hin, dass die präsentierte Vorlage keine Festlegung sei, sondern es noch Diskussionspotenzial gebe. Die angesprochenen Themenfelder seien auslegungsbedürftig. Der Impuls einer nachhaltigen Quartiersentwicklung sei in der Theorie richtig, jedoch in der Realität nicht umsetzbar. Ein maßvoller Wohnungsbau und die Entwicklung von Gewerbeflächen seien wichtig. Grünflächen zwischen den Wohn- und Gewerbegebieten seien ebenfalls wichtig; man dürfe nicht alles zubauen. Die Stärkung und Erreichbarkeit des Einzelhandels seien ebenso wesentlich. Die Zugänglichkeit für Autofahrer solle nicht eingeschränkt werden. Erschließungsstraßen zu grünen Boulevards umzubauen sei daher der falsche Weg. Durch Parkplatzreduzierung sei der Parksuchverkehr in den letzten Jahren gestiegen. Dies verringere den Lebensstandard der Menschen in der Stadt. Daher lege seine Fraktion Wert auf ein gutes ÖPNV-Netz in den Stadtteilen. Dies werde jedoch nicht durch den Bau einer Stadtbahn gefördert, da dies den Entfall von Bussen zur Folge habe. Die Verfügbarkeit von Grünflächen für Freizeit und Sport und die Arbeit der Ludwigsburger Vereine müssen berücksichtigt werden. Seine Fraktion werde den Prozess verfolgen. Viele Punkte seien noch diskussionsbedürftig und werden von seiner Fraktion teilweise anders gesehen.

Das Leitbild lasse vielseitigen Interpretationsspielraum zu, betont auch Stadtrat **Zeltwanger**. Konkrete Lösungsansätzen würden fehlen; viele Fragen seien offen. Es sei wichtig, dass die Ziele und Maßnahmen benannt und im Gemeinderat präsentiert werden, bevor man weitere Planungen beauftrage.

Stadtrat **Dr. O´Sullivan** führt aus, man habe mit der Öffentlichkeitsbeteiligung viele Bürger erreicht. Zwischen Planung und Umsetzung müsse man differenzieren. Es sei wichtig, die Meinungen der Bürger auch umzusetzen, sonst verliere die Gesellschaft das Vertrauen in die Stadtverwaltung. Die finanzielle Lage der Stadt habe ich seit dem Beginn des Projekts räumlichen Perspektive dramatisch verschlechtert. Er habe

daher die Sorge, dass die Vorschläge der Bürger nicht mit den Sparplänen der Stadt vereinbar seien und sie deshalb in der Realität scheitern. Die Transparenz gegenüber den Bürgern sei wichtig. Er pflichtet Stadtrat Sorg bei, dass man nichtsdestotrotz einiges verwirklichen müsse. Dies könne durch kreative und preiswerte Lösungen erfolgen. Seine Fraktion stehe hinter den Plänen der Verwaltung.

Stadträtin **Kuhnke** hinterfragt die Neutralität der Befragung, vieles sei ideologisch geprägt sei. Am Ende werde die finanzielle Lage entscheiden.

Stadträtin **Knecht** fragt, wie teuer das gesamte Projekt mit Personalkosten war. Den Erwartungen der Bürger gerecht zu werden sei schwer, Transparenz sei wichtig. Ihr fehle es an der konkreten Ausführung der Vorschläge, z.B. was der Ausbau des ÖPNV bedeute. Die Regelmäßigkeit der Busverbindungen in Ludwigsburg sei gut und Haltestellen gebe es reichlich. Ob eine Stadtbahn dies verbessern könne, sei fraglich. Es gebe bei der Auslegung der räumlichen Perspektive eine große Spanne. Der vorgelegte Rahmen werfe viele Fragen auf und bringe viel Diskussionsbedarf.

BMin **Schwarz** dankt für die Rückmeldungen. Die Räumliche Perspektive Ludwigsburg sei kein Handlungsprogramm und kein Maßnahmenpaket; kein Versprechen in die Bürgerschaft. Dies habe man stets verdeutlicht. Die **Mitarbeiterin** des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales fügt hinzu, die Kosten der Bürgerbeteiligung belaufen sich, ohne Personalkosten, auf ca. 10.000 €. Der **Mitarbeiter** des Fachbereichs Stadtplanung und Geoinformation ergänzt, das Planungsbüro wurde vor ca. 3 Jahren für 150.000 € beauftragt. BM **Mannl** teilt hinsichtlich der Mobilität mit, es gehe auch um die Vernetzung des Verkehrs mit dem Umland und den Nachbarkommunen.

OBM **Dr. Knecht** teilt abschließend mit, eine ideologische Färbung könne durch die Auswahl von Zufallsbürgern ausgeschlossen werden. Bei der Öffentlichkeitsbeteiligung habe es sich um eine offene und spannende Diskussion gehandelt. So sei beispielsweise das Thema Stadtbahn kontrovers diskutiert worden. Die Hinweise hinsichtlich des Erwartungsmanagements seien richtig und wichtig.

TOP 3

Novellierung der
Gutachterausschussgebührensatzung

Vorl.Nr. 234/24

Beschluss:

Die als Anlage 1 (Vorl. Nr. 234/24) beigefügte Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Tätigkeit des Gutachterausschusses Ludwigsburg und Umgebung und seiner Geschäftsstelle (Gutachterausschussgebührensatzung) wird mit Wirkung zum 01.01.2025 beschlossen.

Die bisherige Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Erstattung von Gutachten durch den Gutachterausschuss in der Fassung vom 01.01.2002. (Gutachterausschussgebührensatzung) wird zum 01.01.2025 außer Kraft gesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Akin
- Stadträtin Allerborn
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss am 24.10.2024 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein weiterer Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

Stadtrat **Haag** weist auf die Änderungen bei der Grundsteuer hin. Diese Änderungen werden aus seiner Sicht eine höhere Nachfrage nach Bodenwertgutachten mit sich bringen. Aus seiner Sicht solle überlegt werden, ob man bei „erfolgreichen“ Gutachten, die gegen das Land wirken, einen Abschlag vornehme.

Stadtrat **Dr. O´ Sullivan** erwidert, den geänderten Grundsteuermessbescheid habe das Land zu vertreten. Aus seiner Sicht könne es daher nicht sein, dass die Stadt jetzt im Gegenzug auf Gebühren verzichte.

BMin **Schwarz** weist darauf hin, dass zwischen den Aufgaben, Erstellung von Bodenrichtwertkarten und der Erstellung von Wertgutachten für einzelne Grundstücke, zu unterscheiden sei. Die Anzahl der Anfragen nach Wertgutachten nehme zu. Man sei angehalten, die Gebühren auskömmlich zu gestalten. Der **Leiter** des Fachbereichs Bürgerbüro Bauen ergänzt, die Anzahl der Bodengutachten betrage bereits das 2,5-fache. Die Kosten steigen, die Gebühren bleiben auf dem alten Stand. Der Gutachterausschuss sollt kostendeckend arbeiten, daher müsse bei den Gebühren nachjustiert werden.

Im Anschluss lässt OBM **Dr. Knecht** über die Vorlage Nr. 234/24 Beschluss fassen.